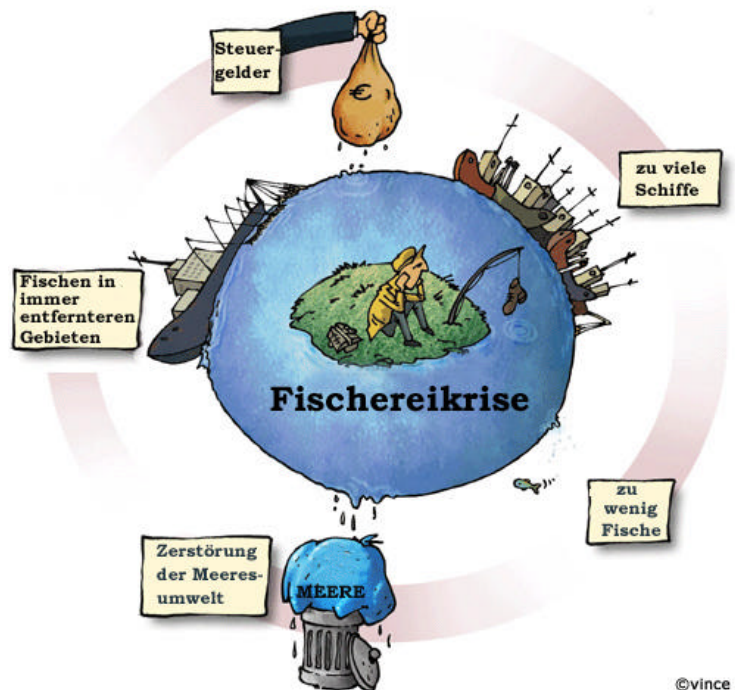


Fischerei-Wahnsinn

*101 Gründe für eine radikale Reform
der Europäischen Fischereipolitik*





Einführung

Die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) wurde geschaffen, um den Fischereisektor in der Europäischen Union zu verwalten. Das Ergebnis war wenig beeindruckend: Die Fischbestände gehen kontinuierlich zurück, einige Bestände stehen sogar am Rande des Kollaps, Tausende Fischer haben ihre Arbeitsplätze verloren, und Hunderte Millionen Euro wurden verschwendet, um Europas Fischflotte aufzubauen, nur um sie nun wiederum zu dezimieren. Die Fischereitätigkeit hat außerdem die Meeresumwelt geschädigt und zum wahllosen Tod von zum Beispiel Schildkröten, Schweinswalen und Seevögeln geführt.

Die europäischen Fischbestände gehen seit den frühen 70er Jahren zurück. Bereits in den frühen 90er Jahren warnten Wissenschaftler davor, dass verschiedene Arten sich bereits „außerhalb sicherer biologischer Grenzen“ befänden. Aber jahraus, jahrein ignorierten Politiker wissenschaftliche Erkenntnisse und stellten kurzfristige Interessen über langfristige Nachhaltigkeit. Als Ergebnis befinden sich einige Fischbestände bereits in einem Stadium von nahezu kommerzieller Ausrottung, Fischer kehren vom Meer mit leeren Frachträumen zurück, Politiker leisten den Offenbarungseid, und von den Wissenschaftlern ist zu hören: „Wir haben es euch ja bereits gesagt.“ Die Auswirkungen auf den Rest der Welt waren nicht weniger dramatisch: Die Überkapazität in ihren eigenen Gewässern zwang die Fischer der Europäischen Union dazu, in anderen Gebieten zu fischen und damit die lokale Fischerei in einigen der ärmsten Gebieten der Welt zu dezimieren.

Der Anstoß zum Verändern und Handeln ist bereits da, teilweise veranlasst durch bloße Notwendigkeit und Dringlichkeit, aber auch durch eine rechtzeitige Revision der Gemeinsamen Fischereipolitik der EU Ende 2002 und einem gesteigerten öffentlichen Bewusstsein darüber, welchen Schaden die derzeitigen Fischereipraktiken der marinen Umwelt zugefügt haben.

2002 besteht die Möglichkeit, die GFP radikal zu reformieren. Das Ergebnis wird die Zukunft unse-

rer schwindenden Fischbestände, anderer Meeresarten und die Lebensfähigkeit der von der Fischerei abhängigen Gemeinden auf der ganzen Welt bestimmen. Nochmals zehn Jahre abzuwarten, könnte sich als desaströs erweisen.

Simon Cripps, Direktor, WWF Endangered Seas Programm



101 Gründe für eine radikale Reform der Europäischen Fischereipolitik

Zu viele Schiffe

1. 1998 berichtete die UNO-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), dass die grundlegende Ursache für die Abnahme der Fischbestände und die Überfischung im nordöstlichen Atlantik die Unfähigkeit der EU-Mitgliedsstaaten sei, die Flottenkapazität zu kontrollieren und zu reduzieren. (FAO, 1998)
2. Während der ersten 20 Jahre der GFP – von 1970 bis 1998 – erhöhte die gesamte Flotte der EU-Mitgliedsstaaten ihre Tonnage um 153 Prozent. Die Maschinenleistung hat sich im selben Zeitraum um das 4,2Fache erhöht. (Porter, 1998).
3. „Die britische Regierung ist der Ansicht, dass die derzeitigen Regelungen für die EU-Fischfangflottenkapazität nicht effektiv genug waren, das Ausmaß des Fischfangs ins Gleichgewicht mit den vorhandenen Beständen zu bringen. Die Notwendigkeit weiterer Reduktionen der Flottengröße ist von zentraler Priorität, um eine nachhaltige Entwicklung der EU-Seefischerei zu fördern.“ (Mitteilung der britischen Regierung, Oktober 2001)
4. Vor zehn Jahren schätzten Wissenschaftler der Europäischen Kommission, dass die Überkapazität der europäischen Flotte mindestens 40 Prozent betrage. In ihrem dritten Mehrjährigen Ausrichtungsprogramm (MAP), das auf den Abbau von Kapazitäten abzielt, schlug die Kommission einschneidende Kapazitätskürzungen vor, die Fischereiminister ignorierten jedoch ihren Rat.
5. Dasselbe geschah beim Entwurf des jüngsten Flottenabbauprogrammes 1997. Ziele, die in den ursprünglichen Vorschlägen der Europäischen Kommission dargelegt worden waren, waren darauf ausgerichtet, 15 Prozent der Kapazität während der Laufzeit des Programmes zu reduzieren. Aber die EU-Regierungen, die sich gegenüber den Warnungen vor der Erschöpfung der Bestände taub zeigten, handelten Zugeständnisse aus, die in einer endgültigen Kapazitätsreduktion von nur 5 Prozent resultierten. Die Europäische Kommission kommentierte, dass „es wahrscheinlich ist, dass das tatsächliche Fischfangvolumen seit Beginn der MAP IV gestiegen ist.“ (Com (2000) 272)
6. Das Grünbuch der Kommission über die Zukunft der GFP ist in seiner Kritik über die kleinlichen Flottenreduktionsziele, zu denen sich die EU-Staaten verpflichteten, vernichtend: „Diese Zielvorgaben waren derart niedrig angesetzt, dass die Gemeinschaftsflotte als Ganzes die endgültigen Kapazitätsziele bereits bei Annahme der MAP IV im Jahr 1997 erreicht hatte.“
7. Als die Bestände zurückgingen, suchten die Fischer immer ausgeklügeltere Wege, um ihre Beute aufzuspüren. Sonare Fischfinder, Aufklärungsflugzeuge und Satellitenkommunikationssysteme ermöglichten es, die letzten Fischeschwärme ausfindig zu machen. Selbst wenn also die Gesamtzahl und –größe der Schiffe in den vergangenen beiden Jahrzehnten zurückging, so ist die Fangleistung der individuellen Boote enorm gestiegen – und hat somit jeden Fortschritt bei den Flottenreduktionen zunichte gemacht.
8. Der WWF und die Weltnaturschutzorganisation schätzten in einer gemeinsamen Studie, dass Fortschritte bei der technischen Effizienz und die Zunahme der Flottengröße die Fischfangkapazität seit 1970 weltweit um mehr als



- 155 Prozent erhöht haben. (WWF/IUCN, 1998)
9. Die Kommission gibt zu, dass Flottenreduktionsziele „schwer zu verwalten“ waren und „oft nicht durchgesetzt worden sind“. (CEC, 2001) Sie zieht folgenden Schluss: „Wird am derzeitigen System festgehalten, so wäre nicht nur ein Abbau der übermäßigen Flottenkapazitäten unmöglich, sondern es käme in einer Situation, in der die Bestandslage schon jetzt den fischereilichen Druck kaum aushält, auch noch zu einem Anstieg des Fischereiaufwands.“
 10. Die Entfernung von 113.710 Tonnen der EU-Flotte unter einem Programm für „Gemischte Gesellschaften“ hatte „dennoch praktisch keinerlei Auswirkungen auf die Verringerung der Fischereitätigkeit in den Gewässern der Gemeinschaft insgesamt, was dadurch zum Ausdruck kommt, dass die Zahl der jährlichen Fischanlandungen stabil blieb.“ (CEC, 1998)
 11. Der europäische Fischereikommissar Franz Fischler meint: „Die Reaktion auf die Verknappung ist, intensiver zu fischen, wodurch die Bestände sogar noch knapper werden. Intensiver zu fischen verlangt aber größere Kapazitäten, und für die Bezahlung dieser Investitionen wird mehr Fisch benötigt. Der Teufelskreis ist unhaltbar. Er muss durchbrochen werden, oder es gibt keine Zukunft für die Fischer.“
- Zu wenig Fische**
12. Im Jahr 1998 waren mindestens 60 Prozent der wertvollsten Fischarten der Welt entweder überfischt oder bis zum Limit befischt. (FAO, 1998)
 13. Der Internationale Rat für Meeresforschung (ICES) schätzt einen 90-prozentigen Rückgang bei geschlechtsreifen Grundfischen (Fische, die nahe dem Meeresboden leben) im Zeitraum von den frühen 70er Jahren, als die GFP lanciert wurde, bis zu den späten 90er Jahren. (zitiert in: CEC, 2001)
 14. Das Grünbuch der Europäischen Kommission über die Zukunft der GFP zeichnet ein trostloses Bild über die Fischbestände in den gesamten EU-Gewässern. (CEC, 2001) Es konstatiert, dass in der Ostsee „die aktuelle Situation auf Dauer nicht tragbar sein“ dürfte, dass es in der Nordsee „nicht möglich war, den Rückgang der Rundfischbestände aufzuhalten“, dass die fischereiliche Sterblichkeit in westlichen Gewässern „häufig sogar die Höchstwerte, die bisher in der Nordsee beobachtet wurden, überstieg“, und dass im Mittelmeer „viele wichtige Bestände überfischt werden“.
 15. In einer wissenschaftlichen Beurteilung der EU-Fischbestände, die 1999 durchgeführt wurde, waren 67 Prozent „überfischt“, 40 Prozent wurden als „erschöpft“ bewertet, und 37 Prozent der Arten litten an beiden Problemen. (CEC, 2000)
 16. Eine Studie des Jahres 1999 im nordöstlichen Atlantik zeigte, dass 40 der 60 wichtigsten kommerziellen Fischbestände sich „außerhalb sicherer biologischer Grenzen“ befanden – mit anderen Worten stark überfischt waren. (OSPAR, 2000)
 17. Die am stärksten betroffene Art war vielleicht der Kabeljau. In der EU sanken die durchschnittlichen Anlandungen im Zeitraum 1995 bis 1999 um 65 Prozent im Vergleich zum Zeitraum 1978 bis 1982. Die Anzahl der größeren, geschlechtsreifen Fische, deren Laich wichtig für die Auffüllung der Bestände ist, ging im selben Zeitraum um 73 Prozent zurück. (CEC, 2001) Die Situation ist in den nördlichen EU-Gewässern wie der Nordsee, vor der Westküste Schottlands und in der Irischen See am schlimmsten.
 18. Die EU hat die zunehmend verzweifelte Situation um den Kabeljau in der Nordsee widerwillig akzeptiert. Dies spiegelt sich in den Fanglimits wider. Einst war die Nordsee die reichste Kabeljau-Ressource der EU, nun ist die zulässige Gesamtfangmenge in diesem Gewässer von 140.000 Tonnen im Jahr 1998



- auf 105.000 Tonnen im Jahr 2001 gesunken. (CEC, 2001) Die britische Quote für Kabeljau betrug zum Beispiel nur ein Drittel des Wertes von 1995 und doch waren die Fischer des Vereinigten Königreichs nicht in der Lage, genügend Fische aufzuspüren, um ihre Quote zu erreichen.
19. In der Ostsee sind Kabeljau, Lachs und Hering ebenso Opfer der Überfischung geworden. Genauer gesagt wurde die zulässige Gesamtfangmenge (TAC) für Heringe in den letzten vier Jahren von 550.000 auf 300.000 reduziert. (CEC, 2001)
 20. Als Folge der kontinuierlichen Überfischung wurden die zulässigen Gesamtfangmengen für Nördlichen Seehecht von 21.120 Tonnen 1997 radikal auf etwas über 7.000 Tonnen im letzten Jahr reduziert. Die Quoten für Hering vor Westschottland wurden von 83.000 Tonnen 1998 auf etwas über 30.000 Tonnen 2001 gekürzt.
 21. Es sind nicht nur die Gewässer des europäischen Atlantiks, die überfischt sind. Viele Grundfischbestände des Mittelmeers werden ebenso übernutzt – wie der Seehecht im Golf von Lyons, der Ägäis und im nördlichen Tyrrhenischen Meer. In letzterem Gebiet betragen die Seehechtmengen nur 16 Prozent ihres Solls. Zudem beuten balearische Fischer die Tiefseegarnele im Übermaß aus, welche bis zu 1000 Meter unter der Meeresoberfläche geerntet wird. Ihre derzeitige Biomasse wird auf nur ein Zehntel des ursprünglichen Wertes geschätzt.
 22. Einige unserer beliebtesten Fischarten wurden durch Überfischung dezimiert. In der Alboran-See im westlichen Mittelmeer ist die einst reiche Sardellenfischereiindustrie Mitte der 80er Jahre zusammengebrochen, und der Bestand hat sich nie erholt.
 23. Während die Bestände schwinden und die Jagd nach den Fischen immer intensiver wird, wird eine große Menge zu kleiner Fische gefangen. Wenn diese zu klein sind, um verkauft zu werden, oder die legale minimale Anlandungsgröße unterschreiten, werden sie weggeworfen. Dies bedeutet, dass viele Fische getötet werden, bevor sie eine Chance zur Fortpflanzung hatten. Im Tyrrhenischen Meer zwischen Italien und Korsika werden ein Drittel des Seehechts und beinahe 40 Prozent des Zwergdorsches ausgesondert (Sartor et al., 1999)
 24. Viele Fische schwimmen in gemischten Schwärmen. Unter dem derzeitigen System werden, sobald die Quote für eine Art erreicht ist, überschüssige Fische dieser Art sterbend oder tot über Bord gekippt. Skrupellose Fischer verkaufen ihren Fangüberschuss auf dem Schwarzmarkt.
 25. Die EU hat 2000 neue technische Maßnahmen eingeführt, aber die Europäische Kommission gibt zu, dass sich damit „die aktuellen Probleme nur teilweise lösen“ lassen. (CEC, 2001) Für viele Bestände bleiben die zugelassenen Maschengrößen für den Schutz von Jungfischen zu klein, und aufgrund der Komplexität der Bestimmungen ist die Einhaltung der Regelungen dürftig.
 26. EU-Fischereiminister, die irgendwelche Zweifel über die verheerenden Auswirkungen der Überfischung hegen, sollten Neufundland im östlichen Kanada besuchen, das einst mit den reichsten Kabeljaufischgründen der Welt ausgestattet war. Während der gesamten 80er Jahre warnten Experten davor, dass die Bestände kurz vor dem Zusammenbruch stünden, aber die Regierung und die Fischer haben ihre Warnungen ignoriert. 1992 geschah das Undenkbare: Kabeljau wurde „kommerziell ausgerottet“. Die Parallelitäten mit dem Schicksal der europäischen Kabeljaubestände sind unheimlich.
 27. Überfischung schädigt speziell Tiefseefische, da sie erst spät die Geschlechtsreife erreichen. Der Kaiserbarsch vermehrt sich zum Beispiel nicht, bevor er ein Alter von 34 bis 37 Jahren erreicht hat, und einige Fische, die in diesen dunklen Tiefen gefangen werden, sind über 80



Jahre alt. Ein Bericht des Internationalen Rates für Meeresforschung stellt fest, dass „die meisten der genutzten Tiefseearten derzeit außerhalb sicherer biologischer Grenzen befischt werden“. (ICES 2000)

28. 1998 warnte die UNO-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation Politiker und Fischer, auf den Rat der Wissenschaftler zu hören. „Die vereinbarten TAC – erstmals 1989 festgelegt – haben regelmäßig die vom ICES empfohlenen Fangmengen überschritten und sind wiederum regelmäßig von den tatsächlichen Fangmengen überschritten worden. Als der ICES 1993 dazu riet, keinen Kabeljau zu fischen, wurde die TAC auf 40.000 Tonnen festgesetzt, der tatsächliche Fang wurde auf über 100.000 Tonnen geschätzt.“ (FAO, 1998) Dasselbe galt für 2001: Obwohl der ICES empfahl, den Fischfang einzustellen, wurde die Quote auf 48.600 Tonnen festgesetzt.
29. In ihrem Grünbuch über die Zukunft der GFP gibt die Europäische Kommission offen zu, dass die TAC beim Schutz der Fischbestände versagten: „Die gegenwärtige Reduzierung der Bestände resultiert in erheblichem Umfang aus der Festsetzung der jährlichen Fanggrenzen oberhalb der von der Kommission vorgeschlagenen Mengen.“ (CEC, 2001)

Zerstörung der Meeresumwelt

30. Die Entnahme riesiger Mengen von Raub- und Beutefischen stört das natürliche Gleichgewicht der marinen Ökosysteme und bewirkt einen Dominoeffekt entlang der gesamten Nahrungskette. Dies muss beim Management der Fischerei berücksichtigt werden.
31. Vögel und Säugetiere bekommen die Auswirkungen der sinkenden Fischzahlen ebenso zu spüren. Seevögel in der Nordsee verzehren ungefähr 600.000 Tonnen Nahrung pro Jahr, was sie in direkten Wettbewerb mit den Fischern stellt. Es gibt Beweismaterial, das darauf hindeutet, dass schwindende Fischbestände verheerende Auswirkungen auf Seevögelpopulationen im nordöstlichen Atlantik wie Papageientaucher, Lummen und Tordalke haben. (ICES, 1993).
32. Der Effekt von Trawlern, die Gewichte und Senkkörper den Meeresgrund entlang nachschleppen, kann mit der Rodung ganzer Waldgebiete verglichen werden, wobei alles sich im Weg Befindliche zerstört wird. Einige Gebiete der Barentssee und der Nordsee werden auf diese Weise drei oder vier Mal pro Jahr „gepflügt“.
33. Im Mittelmeer zerstört das Grundschieppnetz-fischen den Meeresboden entlang Seegraswiesen, die lebenswichtige Habitate darstellen und für viele Arten ein wichtiges Aufzuchtgebiet sind. Experimentelle Studien zeigen, dass ein typischer Trawler mittlerer Größe zwischen 99.000 und 363.000 Seegrastriebe pro Stunde seiner Tätigkeit entwurzeln kann. (Martin et al., 1997) Entlang der südöstlichen Küste Spaniens sind bis zu 40 Prozent der gesamten Seegrasflächen durch das Grundschieppnetz-fischen bereits schwer beschädigt.
34. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO schätzt, dass 20 Millionen Tonnen unerwünschten Fisches – oder Beifanges – jedes Jahr zurück ins Meer geworfen werden, da sie entweder zu klein, die falsche Art, von minderer Qualität sind oder Quoten übersteigen. (FAO, 1997)
35. In der Nordsee werden jedes Jahr mehr als 550.000 Tonnen Beifang wieder über Bord geworfen, während ungefähr 2 Millionen Tonnen Fisch angelandet werden. (ICES 1994)
36. In der Nord- und Ostsee legen Fischer täglich Zehntausende Kilometer Kiemennetze aus, um Arten wie Kabeljau, Seezunge, Steinbutt und Scholle zu fangen. Das Problem dabei ist, dass diese Netze nicht nur Fische fangen, sondern auch Seevögel und Meeressäuger wie Schweinswale. Schätzungen zufolge werden auf diese Weise jedes Jahr 10.000 Schweinswale getötet.



37. Schleppnetzfischerei ist eine besonders unselektive Art, Fisch zu fangen. In einigen Fischereien können bis zu 75 Prozent des Fanges Beifang sein. Zum Beispiel können an der Westküste Schwedens beim Trawling nach Norwegischem Hummer (*Nephrops norvegicus* – auch Scampi oder Kaisergranat genannt) bis zu drei Viertel des Fanges ausgesondert werden. (Olsson und Nellbring, 1996)
38. Im Mittelmeer führt unselektive Schleppnetzfischerei zu hohen Fangmengen, aber ebenso zu hohen Rückwurfmengen. Bei der griechischen Schleppnetzfischerei sind 45 Prozent des Gesamtfanges Ausschuss (Stergiou et al., 1998), auf den Balearen 42 Prozent der Schalentiertiefseefischerei. (Moranta et al., 2000)
39. Die unechte Karettschildkröte und die Suppenschildkröte sind gefährdete Arten, die im Mittelmeer nisten. Jedes Jahr werden mehr als 60.000 Schildkröten in Fischfanggeräten gefangen und 10 bis 50 Prozent davon sterben. (Lee und Poland, 1998)
40. Sich langsam vermehrende Arten sind besonders durch Beifänge gefährdet. Der Glatrochen zum Beispiel, der in der Nordsee weit verbreitet war, ist nun fast verschwunden. In Teilen des Mittelmeers gab es einen starken Rückgang bei Haien und Rochen seit den 60er Jahren. (Aldebert, 1997)
41. Die Integration von Umweltbelangen in alle Bereiche der EU-Politik stellt eine Vertragsverpflichtung der Europäischen Union dar. Im Grünbuch gibt die Kommission offen zu, dass die GFP dieses Ziel nicht erreicht hat: „Die Überkapazitäten der EU-Flotte haben zu einer übermäßigen Befischung der Zielbestände und damit zu übermäßigem Druck auf Nicht-Zielarten und Habitate geführt“, meint das Grünbuch und verspricht, in Zukunft ökologische Überlegungen ernster zu nehmen. (CEC, 2001)
42. Das Grünbuch gesteht auch ein, dass mangelndes Wissen über die Nebeneffekte des Fischfangs und die Funktion mariner Ökosysteme „die Umweltdefizite der GFP noch verstärkt“ haben. (CEC, 2001)
- Fischen in immer entfernteren Gebieten**
43. Da die europäischen Gewässer überfisch sind, wenden die EU-Trawler ihre Aufmerksamkeit den Fischbeständen anderer Länder zu. Für die Bevölkerung in vielen Entwicklungsländern ist Fisch jedoch die Hauptnahrungsquelle. „Mehr als eine Milliarde Menschen, die in 40 Entwicklungsländern leben, laufen Gefahr, ihrer wichtigsten Proteinquelle beraubt zu werden. Dies geschieht aufgrund der übermäßigen Ausbeutung ihrer Fischressourcen einhergehend mit erhöhtem Exportbedarf für Tierfutter und Öle, was den heimischen Konsum und die Nahrungssicherheit schwer beeinträchtigt.“ (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)
44. Die EU versucht, die Tätigkeit ihrer Fischer, die im Ausland aktiv sind, durch Fischereiabkommen mit anderen Ländern zu regulieren. Zwischen 1993 und 1997 hat die Europäische Kommission über 1 Milliarde Euro für derartige Verträge ausgegeben. Wie das Grünbuch jedoch hervorstreicht, lassen die Abkommen viel zu wünschen übrig. Sie sind „nicht immer flexibel genug, um rasche Reaktionen auf den Rückgang der Bestände zu ermöglichen, sie sind nicht Arten übergreifend, das Vorsorgeprinzip wird selten erwähnt oder angewandt“, meint das Grünbuch. (CEC, 2001)
45. Entwicklungsländer sind nicht in der Lage, mit hoch subventionierten EU-Flotten zu konkurrieren. Zum Beispiel wurden die Hälfte der Betriebskosten der großen EU-Shrimpstrawler, die derzeit die Gewässer von Guinea Bissau vor der Westküste Afrikas befischen, von EU-Steuerzahlern finanziert.
46. Im Grünbuch gibt die Kommission zu, dass „einige Fischereiabkommen nicht genügend Garantien für den Schutz der kleinen Küstenschereien bieten.“ (CEC, 2001) Dies wider-



spricht dem EU-Vertrag, der gewährleisten soll, dass Belange nachhaltiger Entwicklung in alle strategischen Bereiche einschließlich der Fischereien integriert werden.

47. Der FAO-Verhaltenskodex für Verantwortungsvolle Fischerei, der 1995 in Rom von den EU-Mitgliedsstaaten unterzeichnet wurde, verpflichtet die Signatarstaaten, „dem Ernährungsbedarf ortsansässiger Gemeinschaften Vorrang einzuräumen.“
48. Die externe Fischereipolitik der EU wird „häufig in internationalen Gremien angegriffen, deshalb muss alles daran gesetzt werden, ihre Glaubwürdigkeit und ihr Image in den Augen der internationalen Öffentlichkeit zu verbessern“. (CEC, 2001) Die Kommission warnt, dass „die Gemeinschaft als wichtiger und verantwortungsvoller Akteur der Weltpolitik an Bedeutung verlieren wird“, wenn die GFP nicht an sich verändernde Umstände angepasst wird.
49. Gemäß der Konvention der Vereinten Nationen über das Seerecht sollte ein Fischereiabkommen nur unterzeichnet werden, wenn im Drittland überschüssige Ressourcen vorhanden sind. Als die Regierung Namibias versuchte, die Fischerei vor ihrer Küste einzuschränken, stellte die Europäische Kommission die wissenschaftliche Grundlage der namibischen Entscheidung infrage und ersuchte um die Genehmigung für den Fang von 120.000 Tonnen Seehecht. Namibia bot der EU 9.000 Tonnen an, die seinen Schätzungen zufolge von der lokalen Flotte nicht gefangen werden konnten. Die EU wies dieses Angebot zurück. (Eurostep, 2001)
50. Bei ihren Verhandlungen mit Mauretanien war die EU erfolgreicher: Im Juli 2001 unterzeichnete sie einen neuen Fünfjahresvertrag mit diesem westafrikanischen Land, der es einer um 30 Prozent vergrößerten EU-Schiffsflotte gestattet, bis zum Jahr 2006 in mauretanischen Gewässern zu fischen. Dabei fischt bereits eine vier Mal größere mauretanische Flotte nach einer Oktopusquote, die in den vergan-

genen Jahren um ein Drittel gekürzt wurde. Die Ankunft größerer EU-Boote „kommt der Unterzeichnung eines Todesurteils für den nationalen Fischereisektor Mauretaniens gleich“, argumentiert die Aktionsgruppe CAPE.

51. „Bei einigen Fischereiabkommen (Mauretanien) hat die Gemeinschaft zum Beispiel Zugriffsrechte ausgehandelt, die wesentlich auf den Bedürfnissen der EU-Schiffeigner beruhen, und keinerlei Überlegungen über die Auswirkungen dieser Bedürfnisse auf die lokalen Bestände und Fischereien einbezogen.“ (Bericht an das Europäische Parlament von Paul Lannoy MEP, Oktober 2001)
52. Während ihrer Verhandlungen mit Senegal im vergangenen Jahr bat die Europäische Kommission um eine 60-prozentige Erhöhung ihrer Fischereizugriffsrechte in den bereits übermäßig ausgebeuteten senegalesischen Gewässern, wodurch die Nachhaltigkeit dieser Fischereien bedroht wird. Dies widerspricht rundweg der EU-Politik.

Steuergelder

53. Der Fischereirat stimmte im April 2001 zu, dass bei Subventionszahlungen die Notwendigkeit des Schutzes von Fischressourcen und der Umwelt in Betracht gezogen werden sollten.
54. Der britische Premierminister Tony Blair gab im Oktober 2000 zu: „Die Fischfangflotten sind noch immer um 40 Prozent größer, als es für die Meere verträglich ist, und doch profitiert (der Sektor) weltweit noch immer von Subventionen.“
55. Die jährliche Weltfischfangmenge wird auf einen Wert von 70 Milliarden USD geschätzt. Aber um dies zu erzielen, werden geschätzte 15 Milliarden USD für Subventionen ausgegeben. (WWF, 2001) Die Weltbank schätzt, dass Subventionen 20 bis 25 Prozent vom Wert des jährlich angelandeten Fisches ausmachen. (Weltbank, 1998) Subventionen in diesem Umfang sind ein starker Anreiz für



- Firmen, ihre Flotten zu vergrößern und in hoch technisierte Fangausrüstung zu investieren. Das Ergebnis ist eine sogar noch verstärkte Überfischung.
56. Bei der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Doha im November 2001 stimmte die EU zu, an Verhandlungen über Fischereisubventionen teilzunehmen.
 57. Eine Studie des WWF zeigte auf, dass der Fischereisektor der EU konservativen Schätzungen zufolge 1997 906 Millionen Euro plus 496 Millionen Euro an Zuschüssen von nationalen Regierungen erhielt. Das sind zusammen mehr als 1,4 Milliarden Euro pro Jahr oder 14.000 Euro pro Boot. Jüngste Berechnungen der OECD untermauern diese Zahlen. (OECD, 2000)
 58. Zwischen 1994 und 1999 wurden 4 Milliarden Euro für über 25.000 Projekte im Zusammenhang mit EU-Fischereien ausgegeben. 1,78 Milliarden Euro stammten aus dem EU-Budget und wurden von weiteren 784 Millionen Euro aus den nationalen Staatskassen ergänzt.
 59. 1994 bis 1999 gab die EU 330,5 Millionen Euro für die Verschrottung von Schiffen aus. Aber die Investition in neue Schiffe war mit 304,33 Millionen Euro beinahe ebenso hoch. Weitere 157 Millionen Euro wurden für die „Modernisierung“ einer Flotte mit Überkapazitäten ausgegeben.
 60. Insgesamt machten EU-Initiativen zur Dezimierung des Fischereisektors zwischen 1994 und 1999 391 Millionen Euro aus. Dies umfasst die Außerbetriebnahme von Schiffen, Kompensationen für die Sperrung bedrohter Fangzonen, zeitweilige Einstellungen der Fischerei, einen Frührentnerfonds und Abfindungen für den völligen Ausstieg aus dem Sektor. Gleichzeitig wurden einige der dicksten Schecks für eine Kapazitätserhöhung durch neue oder modernisierte Schiffe, Häfen und Verarbeitungsanlagen ausgestellt.
 61. Die Weltbank folgerte, dass „ungefähr 60 Prozent, oder beinahe 2 Milliarden Dollar, der Hilfe zur Restrukturierung der EU-Fischereien im Zeitraum 1994-1999 zur ‚traditionell‘ leistungs- und kapazitätsverbessernden Kategorie gehörten.“ (Weltbank, 1998)
 62. Der Weltbank zufolge haben nur 5 Prozent der Fischereisubventionen einen positiven ökologischen Effekt. (Weltbank, 1998) Die große Mehrheit der Subventionen hat eine negative Auswirkung auf die Fischbestände und das marine Ökosystem.
 63. Subventionen für Flottenmodernisierungen führen zu erhöhter Fangtätigkeit. Das Grünbuch gesteht ein: „Die bevorzugte Form der Gemeinschaftsunterstützung, nämlich Investitionsbeihilfen, könnten das Problem der Überkapazität, der geringen Rentabilität und der Ersetzung der Arbeit durch Kapital im Fangsektor noch verstärkt haben.“ (CEC, 2001)
 64. Ungefähr 90 Prozent der Schiffe, die Gelder erhielten, um ihre Fangtätigkeit außerhalb der EU-Gewässer im Rahmen des Programmes für „gemischte Gesellschaften“ zu verlegen, fischten bereits, wie herausgefunden wurde, in Gewässern von Drittländern. (CEC, 1998).
 65. Der Rechnungshof stellte fest, dass außerdem Millionen Euro für die Unterstützung der Fangtätigkeit von Schiffen ausgegeben worden waren, die entweder gesunken oder bereits einige Zeit außer Betrieb gewesen waren. (CEC, 1998)
 66. Zu Missbrauch kommt es aufgrund des Versagens, die Umsetzung des Programmes für gemischte Gesellschaften adäquat zu kontrollieren und zu überwachen. Der Rechnungshof war der Ansicht, dass die Kommission die Subventionsanträge nicht ausreichend überprüfte, bevor das Geld zur Verteilung kam und dass sie auch Fälle, in denen Schiffe bei Unfällen auf See verloren gingen, nicht untersuchte. Außerdem versagte sie dabei, Geld zu-



- rückzufordern, das fälschlicherweise verteilt worden war. (CEC, 1998)
67. Die GFP steht für weit verbreiteten Missbrauch offen, und Beweise für unrechte Handlungen sind gut dokumentiert. (CEC, 1998) Die Möglichkeiten der EU, ein wachsendes Auge darauf zu werfen, wie Hunderte Millionen Euro Steuergelder verwendet werden, werden durch unzureichende und diskriminierende Überwachungs- und Kontrollmechanismen behindert.
68. Subventionen haben wirtschaftlich keinen Sinn. Da die Fische seltener und schwieriger gefangen werden können, müssen die Fischer erheblich größeren Aufwand für immer weniger gefangenen Fisch betreiben. In einem rationalen Wirtschaftszweig würde diese Form schrumpfender Erträge zu Investitions- und Kapazitätskürzungen führen.
69. Die Europäische Kommission gibt zu, dass Subventionen wenig dazu beitragen, dem Fischereisektor zu helfen: „Indem die Investitionskosten und –risiken in einem bereits überkapitalisierten Wirtschaftszweig künstlich gesenkt werden, wird ein übermäßiges Kapitalangebot gefördert. Jedes erneut subventionierte Schiff verringert die Produktivität und Rentabilität aller anderen Schiffe in der betreffenden Fischerei.“ (CEC, 2001)
70. Die Europäische Kommission glaubt, dass Subventionen in die Fischerei anderswo besser investiert wären: „Der Sektor hat mehr Mittel angezogen, als es sonst der Fall gewesen wäre, was zu Lasten der übrigen Wirtschaftszweige geht, weil die hier verbrauchten Mittel anderswo sinnvoller eingesetzt wären.“ (CEC, 2001)
71. Für den Steuerzahler ist es sehr schwierig herauszufinden, wie die Subventionen für die Fischerei verwendet werden. Die EU stellt mehr Informationen über ihre Fischereisubventionen als jede andere Regierung zur Verfügung. Im Jahr 2000 versuchte der WWF, aus zehn Ländern Informationen über ihre Fischereisubventionen zu erhalten. Die Antworten auf unsere Fragen waren weniger als zufrieden stellend und in einigen Fällen entsprachen sie nicht der rechtlichen Verpflichtung zur Freigabe von Informationen an die Öffentlichkeit.
72. Ohne richtige Informationen darüber, wie und wo Subventionen verwendet werden, ist es schwierig, Sicherheit über die Auswirkungen dieser Gelder auf die Umwelt zu erlangen. Ein Bericht der Foundation for International Environmental Law and Development (FIELD) über das Recht der Öffentlichkeit, von Regierungssubventionen im Fischereisektor zu erfahren, stellt fest: „Eine effektive Reform der Subventionssysteme für die Fischerei muss weltweit auf korrekten Informationen basieren.“ (FIELD, 2000)
73. Artikel 25 des Subventionsabkommens der WTO fordert, dass jedes Mitglied die WTO über jede von ihm gewährte Subvention formell informiert. Unter Verwendung von Daten der Weltbank und der WTO aus dem Jahr 1996 schätzt der WWF, dass nur 7 bis 8 Prozent der weltweiten Fischereisubventionen tatsächlich an das WTO-Sekretariat gemeldet wurden. (WWF, 1998) Die EU hält den Artikel 25 zwar besser ein als die meisten Mitglieder, aber „noch immer scheint es, dass sie Hunderte Millionen Dollar an jährlichen Subventionen für die Fischerei nicht gemeldet hat.“ (WWF, 1998)
74. Maßnahmen zur Gründung gemischter Gesellschaften wurden als Weg gesehen, die Fischfangflotte der EU durch alternative Verwendungen der überzähligen Fangschiffe zu dezimieren. Bis zum Jahr 1998 wurden im Rahmen des Programmes 290 Schiffe aus dem Fischereiregister der Europäischen Gemeinschaft gestrichen, was den Steuerzahler fast 300 Millionen Euro kostete. Der Rechnungshof folgerte: „Insgesamt ist die Maßnahme zur Gründung gemischter Gesellschaften eine teure Option...Fischereifahrzeuge aus dem Fischereiregister der Gemeinschaft zu streichen.“ (CEC, 1998)



75. In seinem Bericht an das Europäische Parlament schrieb der belgische MEP Paul Lannoye: „Subventionen haben eine signifikante Auswirkung: Sie ermöglichen es europäischen Schiffen, deren Betriebskosten künstlich gesenkt wurden, Gewinn bringend zu sein, selbst wenn die Fangmengen unzureichend sind, was ein Anreiz für die Überfischung sein kann. Darüber hinaus bewirken sie einen unfairen Wettbewerb zwischen den von den EU-Flotten gefangenen Produkten und den Produkten der Entwicklungsländer, deren Flotten nicht subventioniert werden.“ (Oktober 2001)

Fischereigemeinden in der Krise

76. Der Schutz von Arbeitsplätzen wird oft als Grund dafür angegeben, die Überkapazität der europäischen Fischereiflotte nicht anzutasten. Aber die GFP hat eindeutig dabei versagt, Arbeitsplätze sicherzustellen. Allein zwischen 1990 und 1997 ist die Zahl der Fischer in der EU um 60.000 gesunken – eine Reduktion von 13 Prozent. (CEC, 2001)

77. Kanada bietet ein ernüchterndes Beispiel dafür, was mit Fischereigemeinden geschieht, wenn Bestände bis zur Ausrottung befischt werden. In den frühen 90er Jahren waren 100.000 Menschen in der Fischerei- und der Fisch verarbeitenden Industrie beschäftigt. Als 1992 die Kabeljaubestände zusammenbrachen, verloren ungefähr 30.000 Menschen ihren Arbeitsplatz, darunter 10.000 Fischer. (Kurlansky, 1997)

78. Der Rückgang der Fangmengen und Anlandungen zeigt, dass sich der Zustand des europäischen Fischereisektors stetig verschlechtert hat. Zwischen der Mitte der 60er Jahre und 1999 sind die gesamten Fischanlandungen im Vereinigten Königreich von 900.000 Tonnen auf 400.000 Tonnen gesunken, wobei der Wert der Fänge von einer Spitze von 880 Millionen GBP auf weniger als 200 Millionen GBP im Jahre 1999 fiel.

79. Die Kommission gibt zu, dass die von der EU gewählte Art der Unterstützung – Investitions-

beihilfen – die Probleme im Fischereisektor durch die Begünstigung von Kapital gegenüber Arbeit erschwert haben könnte. (CEC, 2001)

80. Im Grünbuch stellt die Kommission fest: „Da die GFP den Fischereisektor gegenüber Sektoren bevorzugte, die frei werdenden Arbeitskräften aus dem Fischereisektor alternative Beschäftigungsmöglichkeiten bieten könnten, wurde die Abhängigkeit von der Fischerei möglicherweise noch erhöht.“ (CEC, 2001)

81. Das Grünbuch hält außerdem in einem erstaunlichen Eingeständnis fest: „Der Versuch, durch Zuschüsse an den Fischereisektor Arbeitsplätze in den von der Fischerei abhängigen Regionen zu retten, könnte sich als Eigentor erweisen.“ (CEC, 2001) Durch eine derartige Politik konnte ein ständiger Rückgang von Arbeitsplätzen in einem Sektor nicht vermieden werden, der von Ressourcenknappheit bestimmt ist und verstärkt auf kapitalintensive Technologien baut.

82. Eine allgemeine Kritik an der GFP besteht darin, dass sie einen klassischen Top-Down-Ansatz bei der Entscheidungsfindung anwendet, was alle Beteiligten befremdet und die EU anfällig für Kritik wegen bürokratischem Zentralismus macht. Die Kommission gibt zu: „Vor allem viele Fischer sind der Überzeugung, dass ihre Vorstellungen und ihr Wissen von den Fischereimanagern und Wissenschaftlern nicht genügend berücksichtigt werden“, und „wegen dieser unzureichenden Beteiligung wiederum werden Bestandserhaltungsmaßnahmen häufig zurückhaltend aufgenommen.“ (CEC, 2001)

Weitere Gründe

83. Die Regierungschefs der 15 EU-Mitgliedsstaaten sind bei ihrem Gipfeltreffen im Juni 2001 übereingekommen, „dass bei der Überprüfung der Gemeinsamen Fischereipolitik im Jahr 2002...dem globalen Befischungsdruck entgegengewirkt werden sollte, indem die Fi-



- schereittigkeit der EU...an die Höhe der ver-
fgbaren Bestände angepasst wird.”
84. Der Vertrag von Amsterdam hält fest: „Die
Erfordernisse des Umweltschutzes müssen bei
der Festlegung und Durchführung der...Ge-
meinschaftspolitiken und -maßnahmen insbe-
sondere zur Förderung einer nachhaltigen
Entwicklung einbezogen werden.“
85. Die Fischereiminister der 15 EU-Mitglieds-
staaten haben in einem Bericht an ihre Regie-
rungschefs im Jahr 2000 eingestanden, dass es
signifikanter Handlungen bedarf, um Umwelt-
belange in die Fischereipolitik zu integrieren.
86. Der Fischereirat stimmte im April 2001 zu,
dass ein starker Befischungsdruck die marine
Biodiversität und die langfristige Nachhaltig-
keit des europäischen Fischereisektors be-
droht. (Schlussfolgerungen des Fischereirats,
25. April 2001)
87. Der Fischereirat erkennt an, dass Europa kein
Gleichgewicht zwischen der Fischereitätigkeit
und den vorhandenen Fischressourcen gefun-
den hat, und dass es notwendig ist, den Be-
fischungsdruck zu reduzieren, um eine nach-
haltige Entwicklung zu erreichen. (Schlussfol-
gerungen des Fischereirats, 25. April 2001)
88. Die britische Regierung verurteilt das Versa-
gen der GFP: „Die GFP schafft es derzeit
nicht, alle ihre Ziele zu erreichen. Sie versagt
dabei, vielen Fischern einen adäquaten Le-
bensunterhalt zu bieten, und gleichzeitig ge-
lingt es ihr nicht, Fischbestände für heutige
und künftige Generationen zu bewahren.“
(Reaktion der britischen Regierung auf das
Grünbuch über die Zukunft der GFP der Euro-
päischen Kommission)
89. „Wo ein Risiko für ernsthaften oder nicht wie-
der gutmachbaren Schaden besteht, darf das
Fehlen absoluter wissenschaftlicher Gewiss-
heit nicht als Vorwand dienen, effektive Maß-
nahmen zur Vorbeugung einer Schädigung der
Umwelt zu verzögern.“ (Konferenz für Um-
welt und Entwicklung, Rio de Janeiro, Juni
1992)
90. Die Fischressourcen der EU werden schlecht
bewirtschaftet. Ein Sonderbericht des Rech-
nungshofes über Maßnahmen, Anreize zur
Gründung von gemischten Gesellschaften im
Fischereisektor zu schaffen, zeichnet ein ver-
nichtendes Bild von Verschwendung, Versa-
gen und Ineffizienz. (CEC, 1998)
91. Ein Hauptproblem ist, dass es EU-Inspektoren
nicht gestattet ist, unabhängige Inspektionen
durchzuführen. Als die Kommission vor-
schlug, die Kompetenzen ihrer Aufsichtsbe-
hrde zu erhöhen, haben die EU-Regierungen
gegen diesen Vorschlag gestimmt.
92. Dort wo es zu Verstößen kommt, gibt es selten
ein zufrieden stellendes Follow-up. In seinem
Bericht über die Schaffung gemischter Gesell-
schaften im Fischereisektor schließt der Rech-
nungshof: „Die Kommission hat keine Be-
richtigungsmanahmen getroffen, obwohl sie
in einigen Fällen nachträglich über die Nicht-
einhaltung der Verordnungsbestimmungen in-
formiert wurde.“ (CEC, 1998)
93. Die Europäische Kommission klagt auch dar-
ber, dass sie nicht über ausreichende
menschliche Ressourcen verfüge, um ihre Ar-
beit richtig durchzuführen. Nur 25 Inspekto-
ren stehen auf ihrer Gehaltsliste.
94. Im Entwurf seiner Stellungnahme zum Grün-
buch meint das Europäische Parlament, dass
das Straf- und Kontrollsystem, das die GFP
administrieren soll, „klglich versagt hat,
hauptsächlich aufgrund des Vorhandenseins
unterschiedlicher Systeme in den verschie-
denen Mitgliedsstaaten, einer nicht vorhandenen
Harmonisierung der Bestimmungen und Un-
terschieden bei deren Anwendung.“
95. „Wenn wir dazu noch den Mangel an Bereit-
schaft zur Kooperation bei der Inkraftsetzung
eines effektiven Systems seitens einiger Mit-
gliedsstaaten, die nicht vorhandene Standardi-
sierung bei Verstößen und Strafen und die



- Ressourcenknappheit in den nationalen öffentlichen Diensten hinzufügen...müssen wir folgern, dass dieser Aspekt einer mehr als grundlegenden Reform bedarf." (Europäisches Parlament, 2001)
96. Die GFP fördert aktiv die Aquakultur, die Fischzucht in künstlichen Teichen. Angesichts schwindender Fischvorkommen in den Ozeanen kann Aquakultur potentiell den Druck auf die Meeresressourcen lindern. Sie hat jedoch viele Mankos: Um Raum für extensive Teichkulturen zu schaffen, wurden Millionen Hektar Land – einschließlich Salzmarsch und Wattentmeere – in eine künstliche Umwelt verwandelt. Neben der Zerstörung natürlicher Ökosysteme kann dies zu Landkonflikten mit der Tourismusindustrie führen, die den Fischfarmen die Verschmutzung von Badegewässern vorwirft. (CEC, 2001)
97. Aquakulturen erfordern große Mengen an Futtermitteln, die in Form von Pellets bereitgestellt werden, welche aus kleinen Fischen wie Sardellen oder Sandaalen hergestellt werden. Studien zeigen, dass 5 Kilogramm Meeresfisch dazu benötigt werden, um 1 Kilogramm Zuchtlachs heranzufüttern. Es wurde geschätzt, dass 1990 25 Prozent der Primärproduktion der Nordsee zu Futtermittel verarbeitet wurden, um in Norwegen 130.000 Tonnen Zuchtlachs zu erzeugen. (WWF, 1998 bis)
98. Exotische Arten in Zuchtbetrieben entkommen oft und etablieren sich in lokalen Gewässern, wo sie mit den lokalen Arten konkurrieren. Von allen exotischen aquatischen Arten, die in Europa vorkommen, nimmt man an, dass 30 Prozent ihren Ursprung in Fischzuchtbetrieben haben. (WWF, 2001)
99. Eine Intensivproduktion künstlich gefütterter Fische führt zum Freiwerden einer beträchtlichen Menge Abfallstoffe von nicht gefressenem Futter und von Fäkalien. Dies kann zur Akkumulierung zunehmend dicker, schwarzer und anoxischer Sedimente führen und grundlegende Veränderungen der Ökologie des Meeresbodens in der Umgebung des Zuchtbetriebs und zu subtileren Veränderungen in einem weiteren Umkreis führen. Es wird geschätzt, dass die Nährstoffe, die bei der schottischen Lachsproduktion im Jahr 2000 frei wurden, Stickstoffeinträgen von 3,2 Millionen Menschen und Phosphoreinträgen von 9,4 Millionen Menschen entsprachen. (OSPAR, 2000)
100. Nährstoffeinträge in großem Umfang können das Vorkommen von mikroskopischen Pflanzen (Phytoplankton) beeinträchtigen und sind eindeutig mitverantwortlich für das erhöhte Auftreten toxischer Algenblüten. Toxische Algenblüten können nicht nur Zuchtfischarten, sondern auch wild lebende Arten in der Umgebung, einschließlich Vögel und Populationen von Meeressäugtieren, andere Pflanzen und Menschen schädigen. Die Schalentierfischereien vor der schottischen Westküste mussten bereits umfangreiche Schließungen als Ergebnis von ASP (Amnesic Shellfish Poisoning) und von anderen Schalentiervergiftungen, die durch Algenblüten verursacht werden, hinnehmen.
101. Oft werden chemische Behandlungen in der Aquakultur eingesetzt, um den Aufwuchs von Meerespflanzen und Tieren an den Netzen zu vermeiden. Zusätzlich werden oft Chemikalien verwendet, um Krankheiten und Parasiteninfektionen zu behandeln, die mit intensiver Zucht einhergehen. Diese chemischen Verschmutzer können toxische Auswirkungen haben und ökologische Veränderungen in der weiteren Meeresumwelt bewirken.



Literaturverzeichnis

- Aikman, P. (1997): Industrial Hoover Fishing – a Policy Vacuum, Greenpeace International
- Aldebert, Y. (1997): Demersal Resources of the Gulf of Lyons. Impact of Exploitation on Fish Diversity. Vie Milieu 47
- CEC (1998): Rechnungshof, Sonderbericht 18/98 über die Gemeinschaftsmaßnahmen zur Förderung der Gründung gemischter Gesellschaften im Fischereisektor, Europäische Kommission
- CEC (2000): Bericht der Kommission an den Rat, Vorbereitung auf eine Halbzeitüberprüfung der Mehrjährigen Ausrichtungsprogramme (MAP), Europäische Kommission, 10. 5. 2000, COM(2000) 272
- CEC (2001): Grünbuch über die Zukunft der Gemeinsamen Fischereipolitik, Europäische Kommission
- CEC (2001 bis): Bericht über die Lage der Bestände und ihre voraussichtliche Entwicklung, Europäische Kommission. Publiziert mit dem „Grünbuch über die Zukunft der Gemeinsamen Fischereipolitik der Kommission“
- European Parliament (2001): Draft Report on the Commission’s Green Paper on the Future of the Common Fisheries Policy, Rosa Miguelez Ramos
- Eurostep (2001): Fishing for Coherence – Promoting Complementarity Between EU Fisheries Arrangements and Development Policy
- FAO (1997): Fisheries By-Catch and Discards. Fisheries Information Paper No. 7 to FAO Committee on Fisheries
- FAO (1998): Food and Agriculture Organisation Fisheries Circular No. 920, Review of the State of World Fishery Resources: Marine Fisheries
- FAO (2001): General Fisheries Commission for the Mediterranean. Report of the Fourth Session of the Scientific and Advisory Committee. FAO Fisheries Report 653
- FIELD (2000): The Application of the European Right to Know Laws on Fishing subsidies – a Technical Report
- Heaps, L. (2000): Integrating biodiversity and EU fisheries policy: rebuilding healthy and productive ecosystems. WWF-UK
- ICES (1993): Report of the Study Group on Seabird/ Fish Interactions
- Kurlansky, M. (1997): Kabeljau: Der Fisch, der die Welt veränderte
- Lee, H. A.; Poland, G. C. R. (1998): Threats by Fishing



- MacGarvin, M. (2001): Now or Never – The Cost of Canada’s Cod Collapse and the Disturbing Parallels with the UK, WWF
- Martín, M. A.; Sánchez Lizaso, J. L.; Esplá, R. (1997): Cuantificación del Impacto de las Artes de Arrastre Sobre la Pradera de *Posidonia oceanica* (L.) Delile, 1813. Publicaciones Especiales del Instituto Español de Oceanografía 23: 243-253
- Miazso, M. (1998): Subsidies in World Fisheries, A Re-examination, World Bank
- Moranta, J.; Massutí, E.; Morales-Nin, B. (2000): Fish Catch Composition of the Deep-sea Crustacean Fisheries in the Balearic Islands (Western Mediterranean). Fisheries Research 45: 253-264
- OECD (2000): Transition to Responsible Fisheries: Economic and Policy Implications
- Olsson, I.; Nellbring, S. (1996): Fiske och Vattenbruk – Ekologiska Effekter. Naturvårdsverket Rapport 4247
- OSPAR (2000): Quality Status Report on the Marine Environment for the North East Atlantic
- Porter, G. (1998): Estimating Overcapacity in the Global Fishing Fleet, WWF
- Sartor, P.; Biagi, F.; Mori, M.; Sbrana, M. (1999): Analysis of the Discards of Some Important Demersal Species in the Trawl Fishery of the Northern Mediterranean Sea. Biologica Marina Mediterranea 6: 605-608
- Schorr, D. (1998): Towards Rational Disciplines on Subsidies to the Fishing Sector, in: The Footprint of Distant Water Fleets on World Fisheries, WWF
- Stergiou, K. I.; Economou, A.; Papaconstantinou, C.; Tsimenides, N.; Kavadas, S. (1998): Rapport. Comm. int. Mer Méditerranée. 35:490-491
- WWF (2001): Put environment at the heart of European fisheries policy. WWF Manifesto for the review of the EU Common Fisheries Policy.
- WWF (2001 bis): Hard Facts, Hidden Problems: A Review of Current Data on Fishing Subsidies
- WWF/IUCN (1998): Too Much Fishing, Too Few Fish
- WWF/IUCN (1998 bis): Creating a Sea Change – The WWF/IUCN Marine Policy